

www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Südstraße 50
58509 Lüdenscheid

Spendenkonto:
SEB Lüdenscheid BLZ: 430 101 11
Kto. Nr. 203 263 4801 (Ini'68)

Fazit aus einer Pressemitteilung des **Bundesausschuss Friedensratschlag**: „Das „Weißbuch“ der Bundesregierung stellt den legitimatorischen Rahmen für die prinzipiell nicht mehr begrenzte räumliche und sachliche Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr dar. Ob im Inneren gegen „drohende Terroranschläge“ oder weltweit zur Bekämpfung von Terror, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder Drogenhandel: Überall soll die Bundeswehr im „Interesse“ Deutschlands aktiv werden können. Der außenpolitische „Schulterschluss“ mit Frankreich, der noch den Ton des „Weißbuchs 1994“ beherrscht hatte, ist einer noch engeren Anbindung an die globale Führungsmacht USA gewichen. Deutsche Außenpolitik wird auf Sicherheitspolitik und Sicherheitspolitik ausschließlich auf Militärpolitik reduziert. Das, was nach dem Ende der Blockkonfrontation als „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik propagiert wurde, mündet heute in eine stinknormale imperiale, militärisch gestützte Außenpolitik, die mehr Ähnlichkeit mit der Großmachtspolitik des deutschen Kaiserreichs als mit einer friedensorientierten und zivilen Präventionspolitik eines demokratischen Rechtsstaats des 21. Jahrhunderts hat.“

Hammer Forum e.V.: Humanitäre medizinische Hilfe für Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten

Seit einigen Jahren sammelt die Friedensgruppe Lüdenscheid regelmäßig bei ihren Mahnwachen Spenden für das Hammer Forum.

Ziel des Hammer Forums ist die medizinische Versorgung von erkrankten und verletzten Kindern aus Kriegs- und Krisengebieten, welchegrundsätzlich unabhängig von Religion, Geschlecht oder Nationalität geleistet wird. Langfristiges Ziel ist der Auf- und Ausbau von adäquaten Einrichtungen vor Ort, um die Zahl jener Kinder, die nach Deutschland transferiert werden müssen, drastisch zu verringern.

Informationen unter www.hammer-forum.de

F Lüdenscheid Friedensgruppe

Bundeswehr auf dem weltweiten Vormarsch!

Mit der Verabschiedung des

*„Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands
und zur Zukunft der Bundeswehr“*

am 25. Oktober diesen Jahres legt die große Koalition ein wegweisendes Dokument ihrer militärischen Orientierung für die nächsten Jahre vor. Der offene Bruch mit Art. 87a des Grundgesetzes – Beschränkung auf den reinen Verteidigungsfall – und dem Gebot des Gewaltverzichts der UN-Charta löste umfangreiche Reaktionen auf diese Publikation aus. Neben kritischen Stellungnahmen von u.a. Friedensratschlag Kassel und Pax Christi erstattete der renommierte Verein Aachener Friedenspreis e.V. sogar beim Generalbundesanwalt Strafanzeige gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister Franz Josef Jung wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80 StGB).

Der Verteidigungsfall!?

Aus dem Grundgesetz

Unser Grundgesetz gebietet - aus historischer Erfahrung zu Recht - die Bundeswehr ausschließlich im Verteidigungsfall einzusetzen.

In dem „Weißbuch“ von 2006 wird die Vorbereitung der Bundeswehr zu Angriffskriegen gefordert und geplant. Das verstößt gegen Artikel 26 (1) (Verbot des Angriffskrieges) unseres Grundgesetzes, der folgenden Wortlaut hat: *„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“*

Unter den Begriff des Angriffskriegs fallen alle Kriege, die weder Verteidigungskriege noch Kollektivmaßnahmen der Vereinten Nationen oder ähnlicher, in das System der UNO eingebauter Organisationen sind.

Der Aachener Friedenspreis e.V. hat am 15.11.2006 beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe Strafanzeige gemäß § 80 StGB gegen die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den Bundesminister für Verteidigung Dr. Franz-Josef Jung wegen der Vorbereitung von Angriffskriegen gestellt.

§ 80 StGB (Vorbereitung eines Angriffskrieges) hat folgenden Wortlaut: *„Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.“*

Aus dem Weißbuch

Die Sicherheitspolitik Deutschlands dient u.a. dem Ziel, *„den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern...“* (Weißbuch Seite 10)

„Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet.“ (Weißbuch Seite 14)

Die Bundeswehr muss *„darauf eingestellt sein, auch im Inland ihre Fähigkeiten unterstützend für die Sicherheit und den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen.“* (Weißbuch Seite 23)

„Deutsche Sicherheitspolitik muss auch Entwicklungen in geografisch weit entfernten Regionen berücksichtigen, soweit sie unsere Interessen berühren.“ (Weißbuch Seite 28)

Zur deutschen Sicherheitspolitik gehören auch *„militärische Mittel, wenn geboten, auch bewaffnete Einsätze. Letztere sind mit Gefahren für Leib und Leben verbunden und können weitreichende politische Folgen nach sich ziehen.“* (Weißbuch Seite 29)

Zu den Aufgaben der NATO gehören auch die *„robusten Stabilisierungseinsätze in Europa, an seiner Peripherie auch weit jenseits der Grenzen des Bündnisgebietes.“* (Weißbuch Seite 37)

Die NATO Response Force (NRF), zu der die Bundeswehr Kontingente stellt, *„soll für begrenzte Zeit aus eigener Kraft das gesamte Aufgabenspektrum bis hin zu Kampfeinsätzen höchster Intensität abdecken.“* (Weißbuch Seite 42)

„Die Transformation der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz erfordert erhebliche Anpassung und Modernisierung.“ (Weißbuch Seite 84)

Die Eingreifkräfte der Bundeswehr *„werden vorrangig mit hochwertiger Technologie ausgerüstet, um deutliche Verbesserungen in der Befähigung zu multinationalen, streitkräftegemeinsamen, vernetzten Operationen hoher Intensität zu erzielen.“* (Weißbuch Seite 117)

Lüdenscheid und der Rüstungshaushalt

Der deutsche Rüstungshaushalt soll im kommenden Jahr (2007) von 27,8 auf 28,4 Milliarden und bis zum Jahr 2010 kontinuierlich auf 29,5 Milliarden Euro erhöht werden.

Etwa ein Promille steuern auch wir Lüdenscheider zum Wehretat bei, das sind 28 Mio. € im Jahr. Damit könnte viel für den Frieden und für kriegsversehrte Kinder getan werden.